

AROHIPPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



Eisiger Stillstand. Foto: Johannes Dahmke

AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

ZEITGEIST

Echte Klarheit?

«Das Wichtigste ist, die Hoffnung nicht zu verlieren. Das bedeutet nicht, dass man die Augen vor den Schrecken der Welt verschliesst. In der Tat können nur diejenigen, die den Glauben und die Hoffnung nicht verloren haben, die Schrecken der Welt mit echter Klarheit sehen.»

Diese Stelle aus einem Brief, den Václav Havel¹ 1980 aus dem Gefängnis an seine Frau Olga geschrieben hat, zitierte Osman Kavala, als er im Gefängnis erfuhr, dass der diesjährige Václav-Havel-Menschenrechtspreis am 9. Oktober von der parlamentarischen Versammlung des Europarats an ihn verliehen wurde. Mit dieser Auszeichnung wurde er für seine herausragenden zivilgesellschaftlichen Aktivitäten zur Verteidigung der Menschenrechte gewürdigt.

Kavala, türkischer Unternehmer, Philanthrop und Menschenrechtsaktivist sitzt seit 2017 im Gefängnis und wurde 2022 u.a. wegen seiner Unterstützung der Gezi-Protestbewegung (im Jahr 2013) zu lebenslanger Haft verurteilt. Trotz der Forderung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), Osman Kavala bedingungslos freizulassen, und Androhungen von Disziplinarmaßnahmen gegen die Türkei von

Seiten des Europarats, bleibt er in Haft. Doch zur Erinnerung: Der Schriftsteller Václav Havel wurde kurz nach dem Fall der Berliner Mauer am 29. Dezember 1989 durch freie Wahlen zum tschechoslowakischen Präsidenten gewählt. Die Hoffnung Havels und seiner Mitstreiterinnen auf ein Ende des kommunistischen Regimes hatte sich erfüllt.

Für den Widerstand im Iran

Die andere, bekanntere Preisverleihung der letzten Tage könnte uns ebenfalls hoffen lassen, dass den Widerständigen in Ländern wie der Türkei und dem Iran mehr Aufmerksamkeit zuteil wird: Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die iranische Aktivistin Narges Mohammadi «ist in erster Linie eine Anerkennung der sehr wichtigen Arbeit einer ganzen Bewegung im Iran (...)»¹

Narges Mohammadi, Vizepräsidentin des Defenders of Human Rights Center – DHRC

(Zentrums für die Verteidigung der Menschenrechte), kämpft seit vielen Jahren gegen die Unterdrückung von Frauen im Iran, für Freiheit und Menschenrechte. Seit 2010 ist Mohammadi immer wieder zu einer politischen Gefangenen der Islamischen Republik geworden. Zusammengerechnet wurde sie zu 31 Jahren Haft und 154 Peitschenhieben verurteilt. In der Haft führte Mohammadi Interviews mit anderen politischen Gefangenen – während eines Hafturlaubs entstand daraus ein Buch. Ein anderes Mal drehte sie sogar einen Dokumentarfilm über die sogenannte «weisse Folter»², während einer kurzzeitigen Entlassung. Beide Werke enthüllen die brutalen Praktiken der Islamischen Republik in der Isolationshaft. Auch aus dem Gefängnis heraus verschaffte diese extrem mutige Frau sich Gehör: Seit zwei Jahren ist sie wieder in dem für Folter berüchtigten Evin-Gefängnis in Teheran eingesperrt. Von hier aus konnte Mohammadi einen Bericht über das Ausmass des Einsatzes von Vergewaltigung als Waffe, als Foltermethode und als Mittel zur Einschüchterung, insbesondere von jungen Frauen, herausschmuggeln, der später von der New York Times veröffentlicht wurde. Im September dieses Jahres stieg sie im Gefängnishof auf das Dach eines Fahrzeugs und rief die Parole «Nieder mit der Islamischen Republik». Zum ersten Jahrestag der Ermordung von Jina Mahsa Amini durch die iranische Sittenpolizei organisierte Mohammadi zusammen mit anderen politischen Gefangenen einen Sitzstreik im Innenhof des Evin-Gefängnisses. Während des Protests nahmen

die Frauen ihre Kopftücher ab und verbrannten sie im Gefängnishof. Ihr Ehemann und der Vater ihrer beiden 17-jährigen Kinder, der Journalist Taghi Rahmani, verbrachte selbst 15 Jahre in iranischen Gefängnissen – u.a. im Evin-Gefängnis. Narges Mohammadi hat ihre Kinder seit acht Jahren nicht gesehen und wird auch den Friedensnobelpreis nicht persönlich entgegennehmen können.

Ein neuer, alter Krieg

Während ich über die Anerkennung dieses Widerstands und den damit verbundenen Hoffnungsschimmer schreibe, ist ein fürchterlicher Krieg zwischen der Hamas und Israel ausgebrochen, dessen Tragweite nicht absehbar ist. Die unbeschreibliche Brutalität des Krieges führt uns einmal mehr mit

Klarheit vor Augen, dass sich jeder Krieg im Endeffekt gegen die Zivilbevölkerung richtet. Gerade war in Israel eine starke Protestbewegung entstanden – damit ist es jetzt erst einmal vorbei: nationalistische Einheit ist angesagt. Das Grauen, das die Hamas in Israel angerichtet hat, vereint die israelische Bevölkerung in ihrem Entsetzen und ihrer Trauer gegen die Angreifer. Und die Bevölkerung in Gaza? Sie war nie wirklich frei – eingeklemmt und zusammengepfercht zwischen Israel und Ägypten³ und seit 2006 von der radikal-islamischen Hamas regiert, welche die Macht nicht mehr aus der Hand gegeben hat. Es wird immer betont, dass die Hamas-Regierung, neben dem Aufbau ihrer Armee, nicht nur auf ideologischer, sondern auch auf sozialer Ebene tätig war. Aber hat

sie die palästinensische Zivilbevölkerung vor dem fürchterlichen Angriff auf Israel um ihre Meinung gefragt? Jetzt werden in Gaza zahllose Menschen von Israel ausgehungert, verjagt und umgebracht. Ein Ende ist in diesem Moment nicht in Sicht. Dürfen wir überhaupt noch hoffen?

Constanze Warta, 15. Okt. 2023

1. So die Vorsitzende des Nobelpreis-Komitees Berit Reiss-Andersen.
2. Als «weisse Folter» gelten Foltermethoden, die vorrangig die Psyche des Folteropfers angreifen, zeitweise oder dauerhaft schädigen oder zerstören. Dazu gehört u.a. die Isolationshaft.
3. Erst im September 2005 beendete Israel die fast 40-jährige Besatzung des Landstrichs und übergab die politische Kontrolle an die Palästinensische Autonomiebehörde. Damals wurde das israelische Militär aus Gaza abgezogen und die jüdischen Siedlungen geräumt. Seitdem kontrolliert Israel den grössten Teil der Aussengrenzen der Enklave. Ausnahme ist die südliche Grenze, die von Ägypten überwacht wird. (WDR, 10.10. 2023)

UKRAINE

Lokale Initiativen unterstützen

Seit über zwanzig Jahren arbeiten wir mit Nataliya Kabatsiy zusammen. Sie leitet das «Komitee für medizinische Hilfe in Transkarpatien» (CAMZ)¹ im westlichsten Teil der Ukraine. Unser Korrespondent Jürgen Kräftner vom EBF hat sie in ihrem Büro in Uzhhorod getroffen und über ihre aktuellen Projekte und Probleme befragt.

Jürgen Kräftner: Bitte erzähle mir etwas über die wichtigsten Projekte des CAMZ im zweiten Kriegsjahr.

Nataliya Kabatsiy: Ja, womit sollen wir anfangen. Seit einiger Zeit läuft ein umfangreiches Projekt zur Unterstützung für Schwangere in Transkarpatien. Viele Frauen und besonders Schwangere leiden unter Stress durch den Krieg, Vertreibung, ihre Männer sind im Krieg etc., sie brauchen psychologische Betreuung. Und wir unterstützen zwei Partnerorganisationen in Uzhhorod [Hauptstadt Transkarpatiens] und in Jasinya [ganz im Osten Transkarpatiens gelegen]. Seit Ende des Frühjahrs betreuen diese regelmässig Kinder von 8 bis 14 Jahren. Die Betreuung richtet sich bewusst sowohl an Kinder aus geflüchteten Familien und an Einheimische, damit sich niemand diskriminiert fühlt. Ausserdem fördert das die Integration der Kinder aus den Kriegsgebieten in Transkarpatien. Es sind lokale Initiativen in den beiden Orten, die diese Projekte gestartet haben. Wir als CAMZ mit unserer Erfahrung und unseren vielen Kontakten im Ausland greifen diesen jungen Gruppierungen unter die Arme. (...) Wir wollen keine Projektfabrik werden, immer mehr Mitarbeiter-innen einstellen und immer mehr Projekte leiten und verwalten. Besser, wir helfen jungen Initiativen dabei, Partnerorganisationen im Ausland zu finden, die sie direkt unterstützen. Wir helfen ihnen

am Anfang in der Organisation und vor allem in der Kommunikation mit den internationalen Geldgebern, aber mit dem Ziel, dass sie in Zukunft völlig selbständig arbeiten können. (...) Eines Tages werden wir unser Land wieder aufbauen müssen, und dann brauchen wir unbedingt all diese lokalen, unabhängigen Initiativen. Ausserdem verteilen wir Medikamente und Lebensmittel in den Frontregionen. Dafür arbeiten wir systematisch mit lokalen Organisationen. Wir haben im Osten der Ukraine keine eigenen Mitarbeiter-innen.

JK: Wo und mit wem arbeitet Ihr in diesen Gebieten?

NK: Diesen Monat haben wir in Zaporizhia gearbeitet, nächsten Monat liefern wir Hilfsgüter nach Cherson und Chernihiv. Anschliessend kommen Charkiw und Donetsk an die Reihe. In jeder Region haben wir eine oder mehrere Partnerorganisationen, denen wir die Verteilung anvertrauen. Für die Medikamente sind das auch die grossen Spitäler, und zum Beispiel in Zaporizhia haben wir einen guten Kontakt zur städtischen Verwaltung, auch in Mykolajiw.

JK: Die Stadtverwaltung von Zaporizhia hat einen guten Ruf, sie hat auch viel Wohnraum für geflüchtete Familien zu Verfügung gestellt.

NK: Ja, unser Kontakt ist ausgezeichnet,

die Stadtverwaltung hat dort auch fast von Anfang an Lebensmittel an Bedürftige verteilt. In Charkiw ist das anders, aber wir haben dort zumindest drei nichtstaatliche Organisationen, mit denen wir auf einer Vertrauensbasis zusammenarbeiten. So können wir es uns ersparen, eigene Leute vor Ort zu entsenden.

JK: Wo kommen die Lebensmittel her?

NK: Wir schicken den lokalen Organisationen Geld und sie kaufen die Lebensmittel vor Ort und verteilen sie. In den meisten Fällen wäre es sinnlos, Lebensmittel so weit zu transportieren.

JK: Aus dem Ausland kommt nichts mehr?

NK: Aus dem Ausland kommen weiterhin bestimmte Medikamente, medizinisches Material und Ausrüstung, Trockenmilchpräparate, ab und zu bekommen wir ein paar Paletten hochwertiger Babynahrung aus Frankreich. Wir haben bemerkt, dass die meisten Krankenhäuser überfüllt und überfordert sind. In den meisten Spitälern werden nun schwerverletzte Soldaten und Zivilisten



Nataliya Kabatsiy

behandelt, aber sie sind eigentlich dafür nicht ausgerüstet, z.B. haben sie keine Beatmungsgeräte und andere Ausrüstung für Intensivstationen. Unser Freund Jacques Duplessy, ein Mitbegründer unserer Organisation, sammelt in Frankreich medizinische Ausrüstung in grossem Stil und schickt regelmässig volle Sattelschlepper hierher. Und dann betreuen wir die Flüchtlingsunterkünfte in Tyachiv, dort leben jetzt 63 Personen. Eigentlich können dort bis zu 90 Personen leben, und so war es am Anfang auch, aber jetzt sind einige Leute in private Wohnungen in die Stadt umgezogen und andere haben die Region verlassen. Das hat auch Vorteile, denn wir haben nun separate Zimmer für jede Familie, es gibt zwei Zimmer, in denen die Kinder spielen können und einen Aufenthaltsraum zum Lesen oder Fernsehen für die Erwachsenen. Vor kurzem haben wir das Dach komplett renoviert und mit Solarzellen ausgestattet. Das Flüchtlingsheim in Nyzhne Selyshche bekommt auch Solarzellen, um sie bei den nächsten Stromausfällen etwas autonomer zu machen.

JK: Welche Menschen leben jetzt in diesen Flüchtlingsunterkünften?

NK: Dort leben die sozial schwächsten Teile der Bevölkerung; Menschen, die nicht arbeiten können, die keine wohlhabenden Angehörigen haben; Menschen, die aus eigener Kraft nicht aus der Not kommen.

JK: Was bietet ihr ihnen ausser Unterkunft sonst noch an?

NK: Zu unserem Team gehören eine Ärztin und eine Juristin, welche die Leute in den Notunterkünften unterstützen. Unsere Ärztin Tanja berät die einheimischen Krankenschwestern und Ärzte, unsere Juristin Genia hilft den Geflüchteten, damit sie die ihnen zustehende Unterstützung vom Staat bekommen. Die alten Leute sind sehr benachteiligt. Mit der staatlichen Unterstützung können geflüchtete Pensionisten in Transkarpatien keine Wohnung mieten. Die Mieten waren hier immer schon vergleichsweise hoch, seit Kriegsbeginn sind sie zusätzlich stark angestiegen. Wir sehen schon jetzt, dass in den Flüchtlingsunterkünften bald nur mehr alte Leute leben werden. Auch wenn der Krieg irgendwann zu Ende geht – diese Menschen

werden es nicht mehr erleben, dass die zerstörten Wohnungen in ihrer Heimat wieder aufgebaut werden. Leider denkt hier niemand daran, was das längerfristig für unsere Region bedeutet und dass wir dringend passenden Wohnraum für Menschen mit eingeschränkter Mobilität schaffen müssen, auch Altersheime mit der entsprechenden Betreuung.

JK: Wie sieht es mit der Betreuung von kriegstraumatisierten Menschen aus?

NK: Schritt für Schritt entwickeln wir hier eine Strategie, wir haben ja auch viel Erfahrung im Bereich der psychologischen und psychiatrischen Betreuung. Aber wir wollen diese Projekte nicht in Eigenregie durchführen. (...)

JK: Wie funktioniert diese psychologische Unterstützung? Wem kommt sie zugute?

NK: Zunächst lief das alles ziemlich chaotisch. Im Jahr 2022 redeten plötzlich alle von psychologischer Betreuung. Verschiedene lokale Organisationen haben ziemlich viel Unterstützung von internationalen Geldgebern dafür bekommen. Das war sehr in Mode, aber die lokalen Organisationen waren eigentlich für diese Arbeit nicht qualifiziert. Im November 2022 haben wir damit begonnen, diese Organisationen zu einem Erfahrungsaustausch zu bringen und seit Dezember 2022 gibt es zweimal im Monat Online-Koordinationstreffen, die wir organisieren. Mehrere dieser Initiativen können zum Beispiel nur leicht traumatisierten Menschen helfen. Wenn sie jedoch sehen, dass ein Patient unter einer schweren psychotischen Störung leidet, übergeben sie ihn an eine spezialisierte Institution. Es hat fast ein Jahr gedauert, aber jetzt funktioniert diese Zusammenarbeit sehr gut.

Seit kurzem gibt es auch eine staatliche Initiative zur psychologischen Betreuung von traumatisierten Menschen. Zum Glück ist bei uns in der Oblastverwaltung eine Frau für die Umsetzung zuständig, die wir seit vielen Jahren kennen. Jetzt haben wir damit begonnen, auch die staatlichen Strukturen in unsere Koordination mit einzubinden, also auch in den Schulen. Der nächste Schritt wird die Einrichtung spezialisierter Kliniken sein, daran arbeiten wir jetzt. Und schliesslich müssen wir auch an die Psychiatrie denken,

aber um in Ruhe darüber nachdenken zu können, muss ich mich von allen anderen Projekten freimachen.

JK: In Transkarpatien ist es problematisch, dass die Einheimischen sich nicht in die Lage der geflüchteten Menschen versetzen können. Sie haben nicht dieselben traumatisierenden Erfahrungen gemacht und vielen fehlt es an Empathie. Wie geht Ihr damit um?

NK: Ja, daher haben wir hier viele geflüchtete Menschen angestellt. Unsere beiden Flüchtlingsheime in Uzhhorod und in Tyachiv werden von Kriegsflüchtlings geleitet, in Tyachiv zum Beispiel ein Ehepaar aus Svatove in Luhansk. Der Chef unseres Lagers für Hilfslieferungen ist auch ein Flüchtling, aus Charkiw. Sie sprechen dieselbe Sprache, sie können sich unmittelbar verstehen. Sie können sich auch sehr direkte Sachen sagen, ohne dass jemand gleich beleidigt ist. Denn die Beziehung der Einheimischen zu den geflüchteten Menschen ist wirklich ein Problem.

JK: Hast Du den Eindruck, dass diese Probleme sich mit der Zeit noch verschärfen?

NK: Ja, zu einem gewissen Grad. Besonders kritisch sehe ich die Haltung der internationalen Organisationen. Die Einheimischen fühlen sich benachteiligt, wenn Hilfe einseitig nur an geflüchtete Menschen geht; das muss unbedingt vermieden werden. Unsere Programme der Kinderbetreuung zum Beispiel sind offen für Alle, auch wenn die Geldgeber ursprünglich wollten, dass wir Geflüchtete bevorzugen. Damit helfen wir den Kindern auch, aus dem Ghetto auszubrechen, in dem sie sich befinden. Schon vor dem Krieg waren viele wegen Covid lange Zeit im Online-Unterricht. Dann mussten sie flüchten und besuchen weiter online ihre Schule, zum Beispiel eine virtuelle Schule von Bachmut. Nachdem sie den Sommer zusammen mit einheimischen Kindern verbracht haben, motiviert sie das vielleicht, hier in eine ganz normale Schule zu gehen. Das ist sehr wichtig, denn es wird immer offensichtlicher, dass viele Familien hierbleiben und die Kinder sollten sich ins lokale Leben integrieren.

JK: Wieviele geflüchtete Personen leben jetzt in Transkarpatien?

NK: Die offizielle Statistik sagt, es seien 350.000. Es gibt Schätzungen, die weit höher liegen, aber das scheint mir unrealistisch. Vermutlich sind es an die 400.000 Menschen. [Vor dem Krieg lebten in Transkarpatien ca. 1'Mio Menschen].

JK: Wo sind diese Menschen? In Chust und vor allem in den umliegenden Dörfern habe ich nicht den Eindruck, dass die Bevölkerung zugenommen hat. In den Schulklassen gibt es jeweils ein paar Neue aus dem Osten, aber nicht 30 oder 50 Prozent.

NK: In Uzhhorod ist es schon deutlich zu bemerken. Überall wird Russisch gesprochen und die Strassen sind voller Menschen und Autos. In den Dörfern gibt es halt auch die entgegengesetzte Bewegung. Über 50 Prozent der wehrtauglichen Männer sind im Ausland und nun ziehen auch die Familien nach. Im Kinderheim in Vilshany haben wir seit dem vergangenen Jahr 25 Mitarbeiterinnen verloren, beinahe ein Viertel. Ihre Männer,



Genia Melesh, Juristin beim CAMZ, hilft auch in dessen Material-Lager für humanitäre Transporte.

die im Ausland sind, setzen sie unter Druck, auch wenn sie nicht weg wollen.

JK: Während 19 Monaten Krieg habt Ihr mit zahlreichen ausländischen Organisationen zusammengearbeitet. Wie empfindest Du die Partnerschaft, ist der bürokratische Aufwand sehr gross?

NK: Wir arbeiten mit kleinen und mittelgrossen Organisationen, die relativ flexibel auf unsere Bedürfnisse eingehen, vor allem in Deutschland und in Frankreich. So können wir häufig auch spontan auf dringende Bedürfnisse reagieren. Zum Beispiel hat mich vor kurzem Nataliya Gumenyuk² angerufen, sie hat mir von einer Initiative aus Cherson erzählt. Sie haben im Gebiet des zerstörten Stausees von Nova Kachovka in einem Kindergarten eine Suppenküche eingerichtet, für die Menschen, die alles verloren haben. Es sind wunderbare, sehr engagierte Leute, aber sie haben kein Geld. Dank unserer Partnerorganisationen können wir hier sehr spontan aushelfen.

Aber leider gibt es auch eine negative Tendenz. Vor allem die staatlichen Geldgeber unterstützen nur mehr die ganz grossen internationalen Organisationen, die in der Ukraine arbeiten, wie die Internationale Organisation für Migration (IOM) oder das Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR. Diese bürokratischen Monster bekommen alle Mittel und die kleinen, effizienten Initiativen gehen leer aus. (...) Ich sehe diese Entwicklung sehr kritisch. Kurzfristig müssen die Leute, die Notleidenden helfen wollen, sich in die grossen Organisationen integrieren. Aber nach einer Zeit werden sich die Grossen zurückziehen und dann bleibt nichts übrig. Dabei werden wir genau dann, wenn irgendwann der Krieg zu Ende geht, die lokalen NGOs dringend benötigen, um das Land wieder aufzubauen. Seit Kriegsbeginn haben sich viele lokale Initiativen gebildet. Diese sollten unterstützt werden, damit sie arbeiten und Erfahrungen sammeln können. Diese jungen Initiativen sind

für die Ukraine von morgen extrem wichtig. (...) Hier gibt es schon lange eine sehr lebendige Zivilgesellschaft. Wenn wir diese nicht unterstützen, dann beeinträchtigen wir massiv die Fähigkeit der Ukraine, nach dem Krieg aus eigener Kraft wieder auf die Beine zu kommen. Wenn es diese Kapazität der Selbstorganisation zu Kriegsbeginn nicht gegeben hätte, dann wäre es bei der Ankunft der grossen ausländischen Organisationen im Mai 2022 schon zu spät gewesen.

Das Gespräch führte Jürgen Kräfner, EBF.Ukraine, im Oktober 2023

1. Das CAMZ hat im Laufe der Zeit unzählige Projekte im regionalen Gesundheitswesen realisiert, sich für internationale und interne Geflüchtete eingesetzt, und in der Betreuung von Menschen mit Behinderung eine Vorreiterrolle eingenommen. Dank dieser vielschichtigen Erfahrung war das CAMZ zu Kriegsbeginn in der Lage, sehr schnell dort zu helfen, wo es am dringendsten nötig war.

2. Nataliya Gumenyuk ist eine international bekannte ukrainische Journalistin.

BERGKARABACH

Noch ein neuer Konflikt droht

Der Exodus der armenischen Bevölkerung aus Bergkarabach hat sich in der letzten Septemberwoche vollzogen: Satellitenbilder* dokumentierten, wie sich auf der Hauptverkehrsachse des sogenannten Latschin-Korridors Tag für Tag eine schier unendlich lange Autokolonne durch die grüne Hügellandschaft des Südkaukasus schlängelte. Sie bewegte sich in eine einzige Richtung: weg aus einem Gebiet, das die Fliehenden bis vor kurzem noch ihre Heimat nannten.

Erschöpfte Kinder, verängstigte Frauen und abgemagerte Männer flohen in Privatwagen, in Bussen und auf vollgestopften Lastwagen, oft nur mit dem, was sie am Leib trugen. Innerhalb von nur fünf Tagen landeten so über 100.000 Menschen in der kleinen armenischen Grenzstadt Goris, besitzlos, verzweifelt, ohne Zukunft. Goris schien für einen Moment wie «eine Station, in der alle Schicksale ausweichlos einen Zielort hatten: Chaos und Ungewissheit», schrieb eine Journalistin vor Ort. Bergkarabach wurde innerhalb einer Woche entvölkert. Abgesehen von wenigen Alten und Gebrechlichen – man schätzt ihre Zahl auf rund 1000 Personen – werden hier keine Armenierinnen mehr leben – zum ersten Mal seit Jahrtausenden. Bis Ende September machte der armenische Teil der Bevölkerung 95 Prozent aus.

Auflösung aller Institutionen

Die Menschen sind geflüchtet, weil die Heimat, in der sie sich seit 30 Jahren in Sicherheit

wähnten, nicht mehr existiert. Der wohl letzte Präsident ihrer international nie anerkannten Republik Arzach, Samwel Shahramanyan, besiegelte am 27. September 2023 mit einem Dekret die Auflösung aller politischen Strukturen Bergkarabachs. Die lokale Präsidentschaft, das Parlament und die gewählten Bürgermeister sowie sämtliche Institutionen der letzten 30 Jahre soll es ab dem 1. Januar 2024 nicht mehr geben.

Die formelle Auflösung der Republik, die vollständige Entwaffnung ihrer eigenen «Verteidigungskräfte», sowie die Aufnahme von Gesprächen mit Baku über die vollständige «Wiedereingliederung» in Aserbaidschan als Minderheit, waren Bedingungen, welche Aserbaidschan nach seinem letzten Blitzkrieg den Behörden in Stepanakert vorgelegt hatte.

Der letzte Krieg um Bergkarabach begann am 19. September dieses Jahres, als Aserbaidschan Bergkarabachs Städte und Dörfer massiv mit Artillerie und Drohnen angriff.

Es war die zweite Grossoffensive Aserbaidschans gegen Bergkarabach innerhalb der letzten drei Jahre. Die Strategie der Eskalation habe sich für Aserbaidschans Autokraten Ilham Alijew nach 2020 immer ausgezahlt, urteilt Laurence Broers, einer der renommiertesten Südkaukasus-Experten. Alijew habe wiederholt und erfolgreich auf Gewalt gesetzt gegen einen Gegner, der unverhältnismässig schwächer war, ohne je auf nennenswerten Widerstand der Weltgemeinschaft zu stossen, sagte er in einem Interview gegenüber dem deutschen Magazin «Spiegel». Und er werde es wieder tun. Denn Aserbaidschan fordert jetzt einen Verbindungs-Korridor zu seiner Exklave Nachitschewan. Doch der Weg führt über armenisches Gebiet.

Teurer Preis des Triumphs

Tatsache ist, dass Bergkarabach der Offensive am 19. September militärisch wenig entgegenzusetzen hatte. Seine «Verteidigungskräfte», einige Tausend Mann, waren auf sich allein gestellt. Nicht einmal Armenien konnte oder wollte dieses Mal im Namen der Karabach-Armenierinnen kämpfen. Zudem war die Bevölkerung an den Rand einer Hungerkatastrophe gebracht worden. Zehn Monate lang hatte Aserbaidschan das geographisch isolierte Bergkarabach abgeriegelt und liess keine Nahrung, keine Medikamente und keinen Treibstoff durch. Baku setzte Hunger als Kriegs-



waffe schamlos ein, was eklatant gegen das Völkerrecht verstösst. Die UNO schwieg im Fall Bergkarabach aber eisern. Und liess zu, dass die Bevölkerung völlig entkräftet wurde.

Moskau vermittelte zwischen den Parteien und erreichte 24 Stunden später ein Waffenstillstandsabkommen, das sämtliche Forderungen Bakus unhinterfragt übernahm. Die Führung Bergkarabachs tauschte ihre Kapitulation gegen das Recht für die Bevölkerung aus, den Latschin-Korridor «frei und ungehindert» für die Flucht benützen zu können. Alijew triumphierte.

Der «Triumph», den Putin Alijew mit diesem Abkommen auf dem Tablett anbot, hatte freilich einen Preis. Berichten aus Baku zufolge, soll der Verbleib der russischen Friedenstruppen auf dem Territorium Aserbaidschans für «eine noch zu auszuhandelnde Zeit» verlängert werden. Als einzige Grossmacht konnte Russland nach dem Krieg 2020 rund 2000 Friedenssoldaten im Gebiet stationieren. Ihre Mission, offiziell zum «Schutz der Armenier Bergkarabachs», endet im Jahr 2025. Der Verbleib von «russischen Stiefeln» auf dem Territorium Aserbaidschans über dieses Datum hinaus garantiert, dass Moskau die Politik von Baku weiterhin mitbestimmen kann.

Wo ist die Weltgemeinschaft?

In einer Zeit, in der globale und regionale Mächte wieder dabei sind, neue Verbindungswege für den Transport von Energieressourcen zu erschliessen, misst der Kreml der Nutzung von Aserbaidschans Pipelines besondere Bedeutung bei, um Russlands Energiereichtum trotz Sanktionen auf den Weltmarkt zu bringen. Und wo es um «strategische Interessen» geht, spielen Volksgruppen wie die Karabach-Armenierinnen die Rolle der Bauern auf dem Schachbrett: Sie werden als erstes geopfert.

Am 24. September öffnete Alijew den Latschin-Korridor für die «freie, freiwillige und ungehinderte Bewegung» der Bewohnerinnen Bergkarabachs. Die ethnische Säuberung Bergkarabachs sollte als «freiwillige Flucht» getarnt werden. «Wie sie meine Erinnerungen entweihen. Wie sie meine Werte verhöhnen. Wie sie sich in meinen Himmel einmischen», sagte Meri Asatryan, eine Assistentin des Ombudsmanns für Menschenrechte in Karabach, in einem Video auf Instagram. Dann trat auch sie die Flucht an. «Alle wussten, dass die ethnische Säuberung Bergkarabachs bevorsteht; niemand hat etwas getan, um sie zu verhindern», beklagt der politische Analytiker Benyamin Poghosyan in Jerewan.

Nach Beginn des Ukraine-Kriegs traten die EU und die USA als geopolitische Akteure und als «Alternative» zu Russland im Südkaukasus auf. Am 6. Oktober 2022 unterzeichneten Aserbaidschans Ilham Alijew und Armeniens Nikol Paschinjan in Prag eine Erklärung, in der sie gegenseitig die territoriale Integrität und Souveränität ihrer Länder anerkannten. Statt einer Selbstbestimmung für Bergkarabach sah der EU-Plan einen internationalen Mechanismus vor, der dafür sorgen sollte, dass die 120.000 Armenierinnen Bergkarabachs in ihrer Heimat in «Würde und Sicherheit» leben könnten. Der Plan wurde vom US-Aussenminister persönlich unterstützt.

Dieser Friedensplan des Westens war einmal mehr sehr schlecht vorbereitet. Er enthielt keine Mechanismen, die es ermöglicht hätten, die Konflikt-Parteien zu einer Umsetzung zu zwingen. Vom Plan des Westens pickte Alijew nur jenen Paragraphen heraus, der die territoriale Souveränität und Integrität Aserbaidschans vorsah – und setzte einmal mehr auf das Recht des Stärkeren. Die Entvölkerung Bergkarabachs ist auch eine

Folge der Unfähigkeit des Westens, seine Pläne umzusetzen. «Ein äusserst schlechter Präzedenzfall für die Glaubwürdigkeit des Westens», kritisierte Stefan Meister, der die Bundesregierung aussenpolitisch berät.

Türkische Welt: von der Adria bis nach China

Für Alijew zähle nur die Meinung der Türkei und Russlands, schreibt Thomas de Waal, auch er ein sehr guter Kenner des Südkaukasus, in der Zeitschrift «Foreign Affairs». Alijew habe verstanden, dass die Türkei seine Ambitionen unterstützen und Russland ihn dabei nicht hindern würde und dass der Westen nicht fähig sei, seine Worte in Taten umzusetzen. In der Tat halten Ilham Alijew, wie auch Putin und Erdogan, den Westen für dekadent und käuflich. Wie Moskau und Ankara macht auch Baku keinen Hehl daraus, dass sie die USA und die EU aus dem Südkaukasus verdrängen wollen.

Als hätte eine riesige Uhr die Zeit zurückgedreht, buhlen Russland, die Türkei und der Iran wie in vergangenen Jahrhunderten erneut um Macht und Einflussphären in der Region. Die Türkei ist spätestens seit 2020, als sie im zweiten Krieg um Bergkarabach beträchtlich zum Sieg Aserbaidschans beitrug, als mächtiger Akteur zurückgekehrt. Die türkische Aussenpolitik betrachtet den Südkaukasus und Zentralasien dabei als einen eng miteinander verbundenen Raum, der die Basis bilden sollte für eine turksprachige Welt, die sich von der «Adria bis zur Chinesischen Mauer» erstreckt. Von dieser Welt verspricht sich der immer wieder von Grossmacht-Visionen getriebene türkische Präsident, die Türkei im 21. Jahrhundert in eine globale Macht verwandeln zu können. Voraussetzung für die Verwirklichung seines Traums ist allerdings ein territorialer Zugang, der die Türkei direkt mit Aserbaidschan und Zentralasien verbindet. Und dieser verläuft durch die südarmenische Provinz Sangesur.

Einen Tag nach der Kapitulation Bergkarabachs gratulierte Erdogan seinem Amtskollegen Alijew in der aserbaidschanischen Exklave Nachitschewan für dessen historischen Sieg. Dass die Blitzoperation «siegreich und mit grösster Sensibilität für die Rechte der Zivilbevölkerung abgeschlossen wurde», erfülle ihn mit Stolz, sagte er. Bewusster Zynismus? Dann forderte Erdogan den armenischen Ministerpräsident Nikol Paschinjan auf, die «Friedenshand Aserbaidschans» zu akzeptieren und «aufrichtige Schritte» in Bezug auf den Sangesur-Korridor zu unternehmen. Die Türkei und Aserbaidschan fordern Armenien ultimativ dazu auf, dieses Stück armenischen Territoriums «freiwillig» freizugeben oder, wie in Bergkarabach, eine neue Niederlage zu riskieren.

Droht ein neuer Flächenbrand?

Noch stossen die Pläne zur Errichtung eines Sangesur-Korridors in Iran auf heftigen Widerstand. Teheran betrachtet jede Änderung der Grenzen im Südkaukasus als eine «rote Linie». Es befürchtet, dass die von Ankara angestrebte «türkische Welt von der Adria bis zur Chinesischen Mauer» den iranischen Einfluss in Zentralasien sowie ihre Landverbindungen durch den Kaukasus gefährden könnte. Die uralte Rivalität zwischen dem Iran und der Türkei könnte einmal



mehr einen Flächenband auslösen, der nicht nur den Südkaukasus, Iran und die Türkei betreffen würde, sondern auch Israel, das sich Aserbaidschans strategischer Verbündeter nennt, und womöglich sogar Indien, das mit dem Iran paktiert.

«Haben die Armenier eine Chance, zu überleben?» fragte der armenische Dichter Hrant Matevosjan den polnischen Journalisten Ryszard Kapuscinski, als dieser 1991 die kleine kaukasische Republik besuchte. Gerade war der erste Krieg um Bergkarabach ausgebrochen. «Erwartet sie nicht das

Schicksal der Juden: zu existieren, jedoch nur in der Diaspora, nur als Vertriebene, dazu verurteilt, in Ghettos zu leben, über alle Kontinente verstreut?» Dass die Armenier-innen heute, gut hundert Jahre, nachdem sie Opfer eines Genozids wurden, erneut um ihre Existenz bangen müssen, ist ein Armutszeichen der Weltgemeinschaft. Um nicht noch einmal zum Kollateralschaden der Geschichte zu werden, fordern sie die UNO auf, Friedenstruppen entlang der armenisch-aserbaidschanischen Grenze zu schicken. Wird die Weltgemeinschaft dar-

auf antworten? Momentan überwiegen die Aufrufe an «alle Konfliktparteien», sich zu einigen. Mehr als zwei Jahre lang hat dieselbe Weltgemeinschaft tatenlos zugeschaut, wie sich auf dem Südkaukasus eine ethnische Säuberung gigantischen Ausmasses abzeichnete. Die Gefahr ist gross, dass die nun mit Gewalt erreichte «friedliche Lösung» der Weltgemeinschaft ihr als neues Desaster auf die Füsse fallen wird.

Amalia van Gent, 3. Oktober 2023

*Satellitenbilder des US-Unternehmens Maxar

WIEN/MIGRATION

Langer Tag der Flucht

Die Veranstaltung fand am 6. Oktober 2023 in der Wiener Brunnenpassage statt.¹ Alle präsentierten Organisationen waren von Menschen mit Flucht- und/oder Migrationserfahrung gegründet worden. Eines der wichtigsten Anliegen ist mehr Sichtbarkeit in der Gesellschaft und mehr politische Teilhabe im «Aufnahmeland» – unabhängig von Religion oder Herkunftsnation.²

Sabiha Moradi von der Interessensgemeinschaft afghanischer Schüler und Studenten IGASUS unterstrich die Schwierigkeiten junger Migrant-innen, die weder in der Herkunftscommunity noch in der neuen Lebenswelt Gehör für ihre Anliegen finden. «Jungen Menschen traut man nichts zu, den Frauen noch weniger». Daher baut der Verein eigene Strukturen auf. Gesucht werden Mentor-innen, Praktikumsstellen und Jobs – also Chancen für die jungen Afghan-innen, sich beweisen zu können. Gleichzeitig werden

Workshops zur politischen Teilhabe angeboten. Unter anderem die Teilnahme an einem Vernetzungstreffen auf europäischer Ebene in Brüssel beim «International Day of Parliamentarism».³

Neben den diversen engagierten Stellungnahmen und Informationen, hat uns ein literarischer Beitrag von Dimitré Dinev besonders angesprochen. Der Text ist aus der Perspektive eines afghanischen Kindes geschrieben. Dinev ist Autor mehrerer Romane und Theaterstücke. Durch das Buch «Mit Engelszungen» wurde er bekannt.

Oben

Masud schaut gerne in den Himmel, wo die Sterne sind, wo die Wolken sind, wo viel Platz zum Träumen ist, denn er träumt davon, eines Tages Pilot zu werden. Masud hat Erfahrungen gemacht, wofür man gewöhnlich drei Leben braucht, dabei ist er noch ein Kind. Seine Kindheit ist aber zerronnen, verschlungen von dem kargen Boden des väterlichen Hofes in Afghanistan. Und was davon übriggeblieben ist, wurde unterwegs verschüttet. Mal in einem Krämerladen in Pakistan, mal in einer Backstube im Iran, mal durch das Schaukeln der Lastwägen, die ihn durch die Türkei schmuggelten oder jenes

der Boote, die ihn nach Griechenland, später nach Italien bringen sollten. Seine Kindheit ist zerronnen zwischen zwei Kontinenten, versunken in Erde und Wasser und Sand. Das Schicksal hat ihn mehrmals geprüft, nun prüfen ihn die österreichischen Beamten. Aber worüber prüft man ein Kind? Worüber prüft man ein Kind, dessen Vater ermordet in Afghanistan und dessen Mutter krank in Pakistan liegt. Worüber prüft man ein Kind, das schon mit zehn Jahren arbeiten und mit 14 die halbe Welt allein durchreisen musste, das Gegenden und Verhältnisse kennen gelernt hat, die seine zukünftigen Geografie- und Geschichtslehrer nur von Landkarten und Büchern kennen. Worüber prüft man ein Kind, dessen Lehrer die Not und das Elend waren, das die strengsten Prüfungen der Welt schon bestanden hat. Und sogar wenn es sie nicht bestanden hätte und bestehen müsste, worüber prüft man eigentlich ein Kind. Was muss es vorweisen, damit entschieden werden kann, ob es in einer Gesellschaft aufgenommen wird oder nicht. Verhält es sich nicht eher umgekehrt? Eigentlich prüft jedes Kind die Gesellschaft. Wie reich sie ist, wie sozial, wie entwickelt, wie barmherzig, wie gut. Denn danach, wie wichtig einer Gesellschaft die Kinder sind, kann man ermessen, wie wichtig ihr auch die Zukunft ist.

Anscheinend bekommt ein Kind leichter einen Platz im Himmelreich als Asyl in Österreich. Masud ist ohne Eltern nach Österreich geflohen, er ist noch ein Kind, und da er noch ein Kind ist, träumt er gerne. Er will Pilot werden. Er ist auf seiner Flucht gelaufen und gefahren und geschwommen. Nun will er fliegen. Denn von dort oben schauen so klein und so unsichtbar all jene Menschen aus, die über sein Schicksal entscheiden wollen.

Dimitré Dinev
zusammengestellt von Gabi Peissl,
EBF-Österreich

1. Die Veranstaltung wurde vom UNHCR unterstützt

2. Mehr Infos unter: www.langertagderflucht.at

3. Mehr Infos unter: igasus.at

«Wo eine Grenze ist, gibt es auch Ausgrenzung. Wir alle haben sie überschritten, deswegen sind wir hier. Wir haben sie überschritten, nicht nur um uns zu retten, sondern weil wir bereit sind, auf die anderen zuzugehen. Diese Bereitschaft formt sowohl den Menschen als auch die Gesellschaft. (...) Am leichtesten politisch instrumentalisieren lassen sich jene, die keine Stimme haben. Flüchtlinge gehören dazu. Es gibt kaum eine andere Minderheit, die häufiger politisch missbraucht wurde als sie.»

Verein Ariadne «Wir Flüchtlinge für Österreich»
www.ariadne.or.at/

Archipel
Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1115,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischnje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org

Das Wissen der Maya in Gefahr!

Die traditionelle Medizin und Geburtshilfe der Maya im mexikanischen Bundesstaat Chiapas sind bedroht. Eine Veranstaltungstournee durch mehrere Länder Europas informierte über diese Situation und suchte den Rückhalt von solidarischen Menschen und Organisationen.*

Vom 12. September bis zum 15. Oktober 2023 reisten zwei Vertreter:innen des indigenen Projektes OMIECH (Organización del Medicos Indígenas del Estado de Chiapas) aus San Cristobal de las Casas, Agripino und Micaela Ico Bautista, durch Deutschland und die Schweiz und nach Südfrankreich, um in zwölf öffentlichen Veranstaltungen, zwei Radiosendungen und weiteren Zusammenkünften über die Situation der traditionellen Maya-Medizin und ihre aktuellen Herausforderungen zu informieren und zu sprechen. Die Veranstaltungsorte waren: in Deutschland: Stuttgart, Wiesbaden, Tübingen, Ingersheim; in der Schweiz: Bern, Délemont, Undervelier; in Frankreich: Forcalquier, Limans, Digne-les-Bains, Saint Chaffrey, Marseille. Eingeladen wurden sie von einem breiten Bündnis an Organisationen, von Frauengesundheitszentren in Deutschland, von der Europäischen Kooperative Longo maí, Hebammengruppen, Geburtshäusern, feministische Buchläden, Kulturzentren usw.* Im Rahmen der verschiedenen Veranstaltungen berichtete Micaela Ico Bautista, Mitbegründerin und Koordinatorin des Bereichs der Frauenheilkunde bei OMIECH, vor welchen Herausforderungen die traditionelle Maya-Medizin heute steht.

Besonders bedroht sind dabei die traditionelle Geburtshilfe der Tzeltal-Tzotzil-Maya-Hebammen sowie ihr Pflanzenwissen durch Enteignung von grossen Pharmafirmen. Seit vielen Jahren gibt es Programme der Regierung in Chiapas, um die traditionelle Geburtshilfe der Maya-Hebammen zum Verschwinden zu bringen. So bekommt ein im Hochland geborenes Kind nach einer von einer Maya-Hebamme begleiteten Geburt keinen offiziellen Eintrag ins Geburtsregister und ist dadurch quasi als Mensch nicht existent auf der Welt.

Darüber hinaus werden den indigenen Frauen, die sich vorstellen können, Hebammen zu werden, sogenannte «Qualifikationsprogramme» in den Krankenhäusern angeboten, um als Hebammen zu arbeiten. Diese in den letzten Jahren geschaffenen Zertifizierungsprogramme ignorieren jedoch und berücksichtigen nicht das traditionelle Wissen der Maya-Hebammen und den kulturellen Umgang der indigenen Bevölkerung mit dem eigenen Körper. So berichten die Frauen etwa davon, dass sie im Krankenhaus während der Geburt nackt ausgezogen würden als seien sie Kin-

der. Letztlich wird aus einer eigenverantwortlichen Maya-Hebamme eine den Anweisungen der Ärzt:innen unterstehende Hilfskraft mit traditioneller Bluse. Gegen diese Abwertung setzt sich OMIECH und ganz speziell die von Micaela Ico Bautista koordinierte «Area de mujeres y parteras» (Bereich Frauen- und Hebammen) ein. Abgesehen davon ist die Vernichtung des traditionellen Maya-Hebammenwissens und -standes lebensgefährlich für die Schwangeren aus dem Hochland, da sie keine Mittel und Möglichkeiten haben, den zum Teil stundenlangen Weg in die Stadt San Cristobal anzutreten, und somit ist ohne die traditionelle Geburtshilfe der Maya-Hebammen das Leben der Frauen und ihrer Kinder gefährdet.

Was geht uns das an?

Sowohl die Geburtshilfe als auch die Frauenheilkunde unterliegt in Europa einem Medizinkonzept, das sehr effizient und technokratisch ausgerichtet ist. So endet fast ein Drittel aller Geburten in Deutschland mit einem Kaiserschnitt. Eine Zahl, die auch von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als viel zu hoch angemahnt wird, denn der Kaiserschnitt sollte eigentlich das letzte Mittel sein, wenn das Leben von Mutter oder Kind bedroht ist. Die mühsam erkämpfte sanfte Geburtshilfe durch freie Hebammen, die zu Hause geburten kommen oder in Geburtshäusern praktizie-

ren, wurde durch astronomische Versicherungsgebühren und weitere Einschränkungen der freien Hebammentätigkeit zunehmend behindert. Als Ergebnis können wir sehen, dass «Gewalt unter der Geburt» von immer mehr Menschen beklagt wird. Bei unserer letzten Veranstaltung dankte eine Teilnehmerin Micaela und sagte, dass sie, die durch einen Kaiserschnitt geboren wurde, seitdem zwischen den Welten lebe. Durch die Veranstaltung habe sie zum ersten Mal ein Gefühl von Verbundenheit gespürt. Die technokratisch ausgerichtete Geburtshilfe ignoriert die epigenetischen Folgen ihrer invasiven Geburtshilfe. Wir fordern die Anerkennung der Geburtshilfe der traditionellen Maya-Hebammen mit und ohne Zertifikate! Ein Offener Brief soll die Regierung von Chiapas dringend dazu auffordern, die für die ganze Welt wichtige Erfahrung und das Wissen der traditionellen Maya-Hebammen zu achten und die Weitergabe an die nächsten Generationen zu unterstützen und nicht durch aus der westlichen Medizin stammende Zertifizierungsprogramme zu behindern bzw. zu eliminieren. Der Erhalt und die Wertschätzung der Geburtshilfe traditioneller Maya-Hebammen muss garantiert werden!

Doris Braune, Heilpraktikerin,
Stuttgart

Bitte um Spenden: www.betterplace.org/de/projects/121708-maya-hebammen-reise-nach-europa

* Die Veranstaltungen fanden mit der Unterstützung folgender beteiligter Personen und Organisationen statt: Doris Braune und Mathilde Berguerand, Anne-Kathrin Ziebandt, Ute Gleich, FF*GZ Stuttgart e.V., MüZe Süd e.V.; Württembergischer Kunstverein WKV; Frauengesundheitszentrum Sirona Wiesbaden, Lachesis Verein für Frauengesundheit, Evangelische Akademie Bad Boll, Geburtshaus Tübingen, Verein Geborgen geboren e.V. Tübingen, Fem FM & Amokfisch im Freien Radio Stuttgart, Engagement Global, Brot für die Welt, Bürgerstiftung Stuttgart, Europäische Kooperative Longo maí in Basel und Limans, Hebammenprojekt Bern; Hebammen aus Frankreich, Casa Colorada Marseille, Millebabord, Melipona, Mouvement d'Echange Libre pour Notre Avenir (Bewegung des freien Austauschs für unsere Zukunft), Les sentiers du bien-être, Begleitung bei der Geburt, - Agathe, Armoise & Salamandre -, Körper und Politik, Europäisches Bürger:innen Forum, Radio Zinzine, Freundeskreis Cornelius Koch, Kollektiv Mutvitz13 (Netzwerke zur Unterstützung und zum Verkauf von zapatistischem Kaffee), OMIECH/Mexiko



Die Hebamme Micaela Ico Bautista (ganz rechts) steht Rede und Antwort mit ihrem Bruder Agripino (dritter von rechts).

Gute Nachrichten aus Riace

Am 11. Oktober 2023 hat das Berufungsgericht in Reggio Calabria das erstinstanzliche Urteil mit seinen extrem harten Strafen gegen den ehemaligen Bürgermeister von Riace, Domenico Lucano, und die weiteren Angeklagten völlig umgestossen. Es kam zu einem Urteil, das endlich den Geschmack von Gerechtigkeit in sich trägt: 15 der 17 Angeklagten wurden bedingungslos freigesprochen.

Domenico Lucano wurde schlussendlich zu einem Jahr und sechs Monaten Haft auf Bewährung wegen eines geringfügigen Verwaltungsdelikts verurteilt, eine seiner Mitarbeiterinnen zu einem Jahr. Kein Vergleich zu den Urteilen der ersten Instanz: Am 30. September 2021 hatte das Gericht in Locri (Kalabrien) Domenico Lucano der Beihilfe zur illegalen Migration, des Betrugs, der Veruntreuung, des Amtsmissbrauchs und der Bildung einer kriminellen Vereinigung für schuldig befunden und wie einen Mafiaboss zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt. Zudem hätte er 500.000 Euro an die Regierung in Rom und an die EU zurückzahlen sollen. Ein Teil der Mitangeklagten war damals ebenfalls zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Jetzt war keine Rede mehr davon.

Es stellte sich vielmehr heraus, dass Domenico lediglich ein Mann ist, der von einer gerechteren Welt träumt und diese in seiner Gemeinde Riace mit einem menschlichen Empfangsmodell für Geflüchtete ein Stück weit verwirklichen wollte.

Das Urteil des Berufungsgerichts sprach die Wahrheit aus, die wir bereits kannten. Jetzt aber war sie offiziell und endgültig: In Riace gab es nie eine kriminelle Vereinigung, auch keine Veruntreuung oder eines der anderen angeblichen Delikte! Alle diese Anschuldigungen waren gemäss den Richterinnen des Berufungsgerichts unbegründet.

In Riace waren Geflüchtete aufgenommen worden und das Dorf hatte der Welt gezeigt, dass dies möglich und sogar einfach ist: «Die Utopie der Normalität», wie Domenico diese

Tatsache nannte. Im Gegensatz dazu wird Solidarität immer mehr als ein gefährliches Verbrechen von unseren Regierungen gehandelt, die gegen die angebliche Invasion von Migrantinnen kämpfen und Mauern und Gefängnisse errichten, um diese einzudämmen.

Der Verteidiger Giuliano Pisapia sagte: «Heute haben wir ein wichtiges Urteil gehört, ein Signal für wahre Gerechtigkeit nach so viel Ungerechtigkeit und Schmerz, nicht nur für Lucano, sondern für Riace als Ganzes.» Die Freude wird in der Tat durch das Leid getrübt, das die Angeklagten, das Dorf Riace, seine Einwohnerinnen und die Geflüchteten während der erbitterten politischen und juristischen Hetze, die insgesamt fünf Jahre dauerte, erdulden mussten. Ein weltweit bekanntes Modell der Gastfreundschaft sollte zerstört werden, was teilweise gelang. Schulden waren die Folge; Geflüchtete mussten weiterziehen. Ganze Leben wurden durch Angst und die in Italien so bezeichnete «Schlamm-Maschine» der Verleumdungen zerrüttet. Einfache und solidarische Menschen wurden von der Dampfwalze der Ungerechtigkeit im Dienste der Ausgrenzungspolitik zermalmt. Wir wünschen jedoch Riace in der Emotion und der Freude des Augenblicks, dass alle nach diesem schrecklichen Albtraum wieder aufstehen können und wieder anfangen mögen zu träumen...

Barbara Vecchio,
12. Oktober 2023§

Wahlen in der Schweiz

Unlauterer Wettbewerb

Ende letzten Jahres publizierte die «Gesellschaft für Sozialforschung» in Bern, die gfs, das jährliche Sorgenbarometer der Schweizerinnen. Die gfs wird von allen politischen Kräften als relativ objektives Institut respektiert. An erster Stelle der Sorgen in der Schweiz steht der Klimawandel und die Angst vor Umweltkatastrophen mit 39 Prozent. An zweiter Stelle steht die Sorge um eine gesicherte Altersversorgung mit 37 Prozent der Nennungen. An fünfter Stelle steht die Sorge um die schwindende Kaufkraft. Erst an neunter Stelle wird die Zuwanderung als Problem gesehen mit nur 19 Prozent der Nennungen und auf dem abgeschlagenen 10. Sorgenplatz wird die Asylpolitik genannt, wohl, weil sie von den meisten als lösbar, wenig beängstigende Aufgabe betrachtet wird.

Zehn Monate später bestellten die Schweizerinnen ihre beiden nationalen Parlamente neu. Diese bestehen aus dem nach Proporz gewählten Nationalrat mit 200 Sitzen und dem kleineren Ständerat, eine Art Senat der Kantone. Die Grünen verlieren fünf Sitze, die Grünliberalen sogar 6 die rechtskonservative Partei SVP gewinnt hingegen neun. Die sozial stark positionierte SP kann immerhin zwei Sitze gutmachen. Die SVP, deren Wahlprogramm sich nur marginal von jenem der deutschen AfD unterscheidet und dieser als Vorbild dient kann nun 27,9 Prozent, also fast ein Drittel der Stimmen, in der Schweiz für sich verbuchen. Der linke Block verliert insgesamt an Wahlanteilen.

Nationale Wahlen sind in der Schweiz wichtig, aber nichts Absolutes. Die Regierung wird seit 64 Jahren in einer permanenten Koalition aus den vier grössten Parteien gebildet. Diese

Zusammensetzung wird sich nicht verändern. Ausserdem besteht zu jedem Zeitpunkt die Möglichkeit, mit einem Referendum einen Regierungsbeschluss zu Fall zu bringen. Nationale Wahlen sind Politmarketing. Die einzige Partei in der Schweiz, welche seit 25 Jahren eine zentral gesteuerte und mit Millionen aus undurchsichtigen Quellen gefütterte Marketing-Maschinerie unterhält, ist die SVP. Diese Partei hat alle rechtsextremen Gruppierungen der Schweiz aufgesogen und bedient deren Narrative. Sie bewirtschaftet die Angst und führte mit rassistischen Kampagnen einen ausgrenzenden Wahlkampf, in dem sie nicht davor zurückschreckte, auch Nazi-Parolen zu verwenden («Schweizer erwacht»).

Ein zentrales Motiv der SVP war ein Bild in ihrer Gratiszeitung «Welche Schweiz wollen wir», die an Millionen von Haushalten verschickt wurde. Links sehen wir die Abbildung einer Gruppe von zahlreichen dunkelhäutigen als Migrantinnen erkennbaren Menschen auf engem Raum zusammengedrängt und rot durchgestrichen. Rechts das Bild einer «weissen» Schweizer Modell-Familie beim Wandern in der grünen Natur «Diese Schweiz wollen wir!» rassistischer geht es nicht mehr. Stimmen, die mit dieser Form von Hetze gemacht werden, sind zwar rechtlich gültig, aber nicht respektabel. Sie sagen mehr aus über die Unverfrorenheit des Marktleaders im rücksichtslosen Bewirtschaften bestehender Unsicherheiten. Sie sagen nichts aus über die menschlichen, sozialen und Umwelt spezifischen Aufgaben, die wir angehen wollen und müssen. Die Verliererinnen dieser Wahl müssen wohl ein paar Hausaufgaben nachholen. Wir gehen wieder zurück zu unserer Arbeit an der Basis und lassen uns nicht beeindrucken.

Hannes Reiser